

Bewerbungsrede auf der gemeinsamen Stadtbezirkskonferenz Porz, Kalk, Innenstadt mit Nominierung des Bundestagskandidaten am 06.10.2016

Liebe Genossinnen und Genossen.

Seit 1989 bin ich Mitglied dieser einzigartigen Partei. Mit vielen von Euch verbindet mich das langjährige Engagement in den verschiedensten Gliederungen und Gremien der KölnSPD bzw. der Kölner Kommunalpolitik. Dies bedeutet allerdings nicht zwangsläufig, dass wir sehr viel übereinander wüssten. Deshalb möchte ich heute die Gelegenheit wahrnehmen, Euch die Schwerpunkte und auch den Antrieb meiner politischen Arbeit vorzustellen.

Es sind im Wesentlichen drei Felder, die mich besonders beschäftigen und in die ich mich noch stärker einbringen möchte:

- Die Arbeit an unserer Solidargemeinschaft.
- Die Rolle Deutschlands in Europa und der Welt, vor allem bei der Konfliktbewältigung.
- Und schließlich die Vertrauensfrage, also die Frage nach dem Rückhalt unserer Politik in der Gesellschaft.

Zunächst einmal die soziale Frage, die uns als Sozialdemokraten ja alle auf unterschiedliche Art bewegt: Wie kommen wir weiter, auf dem Weg zu einer gerechten und solidarischen Gesellschaft, die alle Menschen unabhängig von Herkunft, Rasse, Religion, Geschlecht bzw. sexueller Orientierung und vor allem unabhängig von ihrem sozialen Status einschließt?

In dieser Hinsicht haben mich besonders die weit über 10 Jahre geprägt, in denen ich Dienst auf der Rettungswache der Johanniter-Unfall-Hilfe in Köln-Ostheim getan habe. In dieser Zeit habe ich bei tausenden von Rettungsdienst-Einsätzen insbesondere in den Stadtbezirken Kalk und Porz tiefe Einblicke in die Lebensrealitäten hinter den Hausfassaden der verschiedenen Stadtteile erhalten. Dabei sind mir vielfach soziale Ungleichheit, Chancen- und Perspektivlosigkeit und auch echte Armut mitten in unserer Wohlstandsgesellschaft begegnet. All dies hat mein Bild von dieser Stadt schon früh und nachhaltig geprägt

Diese Eindrücke haben mich dann veranlasst, mit Ende zwanzig in unserer Partei politisch aktiv zu werden. Ich wollte mithelfen, allen Menschen in unserer Stadt und unserem Land mehr Chancen für ein eigenständiges und würdevolles Leben zu ermöglichen. Umso unerträglicher ist es für mich, dass in Deutschland die Entwicklungsmöglichkeiten der Kinder immer stärker vom sozialen Status der Eltern bestimmt werden! Hier müssen gerade wir Sozialdemokraten dringend mehr Chancengerechtigkeit erkämpfen – dieses Thema darf uns keine Ruhe lassen!

Während meiner Tätigkeit bei den Johannitern habe ich aber auch Einsätze der Auslands- und Katastrophenhilfe koordiniert. Daher mein zweites Thema: Welche Rolle soll oder gar muss ein wirtschaftlich starkes Deutschland vor dem Hintergrund seiner geschichtlichen Erfahrung in Europa und der Welt spielen? Wie werden wir der daraus erwachsenden Verantwortung gerecht?

Besonders nachhaltig hat mich in dieser Hinsicht der Einsatz im Nachkriegs-Kosovo im Sommer 1999 geprägt. Hier hatte ich den Auftrag, unmittelbar nach Ende der Kriegshandlungen, in dem von der deutschen Bundeswehr kontrollierten Süden des Kosovo mit mobilen Ambulanzen die Gesundheitsversorgung der einheimischen Bevölkerung aufrecht zu erhalten. Diese Arbeit fand naturgemäß unter sehr fragilen Sicherheitsbedingungen statt, im Spannungsfeld der nach wie vor dort ansässigen unterschiedlichen Volksgruppen. Hier musste ich als Vertreter einer christlichen Hilfsorganisation einen diplomatischen Spagat machen: diskriminierungsfreie Hilfe für alle Bedürftigen organisieren, dabei schon aus Sicherheitsgründen eng mit der Bundeswehr zusammenarbeiten, ohne bei dem NATO-kritischen Teil der Bevölkerung den Eindruck von zu großer Nähe entstehen zu lassen! In dieser Zeit habe ich hier sehr unmittelbar erlebt, was jahrhundertlang unaufgearbeitete Konflikte, was die Brutalität von Kriegen aber auch was die internationale Außen- bzw. Verteidigungspolitik in all ihren Facetten bewirken oder anrichten kann.

Durch das berufliche Wirken meines Großvaters in Jerusalem bin ich bei vielen Besuchen in Israel früh mit dem Nahost-Konflikt in Berührung gekommen. Vor allem die unauflösliche deutsche Verantwortung für Israel und den Nahen Osten habe ich dadurch stark verinnerlicht. Später konnte ich dieses Thema mit den NRW- und Bundes-Jusos weiter bearbeiten und 2002 als Teil einer Juso-Delegation die Jugendorganisationen der linken Parteien in Israel und den Palästinensischen Autonomiegebieten besuchen. Dabei habe ich viel über den politischen Blickwinkel sowie die innere Verfasstheit der beiden Seiten gelernt.

Vor dem Hintergrund dieser persönlichen Erfahrungen und Erlebnisse weiß ich, dass gerade wir Deutschen eine hohe Verantwortung für die Prävention und Bewältigung von internationalen Konflikten tragen. Wir verfügen über die entsprechenden Möglichkeiten, aber vor allem genießen wir das nötige Vertrauen in der Welt.

Mit dem Stichwort Vertrauen bin ich bei der dritten Fragestellung die mich derzeit am stärksten umtreibt: Wie können wir das vorhandene Vertrauen in Demokratie und Rechtsstaat erhalten und das bereits verlorengegangene Vertrauen zurückgewinnen? Die zunehmende Wahlenthaltung bei gleichzeitigem Erstarken der rechtspopulistischen AfD zeugt von einer zunehmenden Entfremdung zwischen „denen da oben“ und dem als ohnmächtig empfundenen Kollektiv des „wir hier unten“! Hier müssen wir Brücken bauen, um die Kluft zwischen diesen beiden Seiten zu überwinden.

Erfahrungen mit Brückenbauen habe ich bei meiner Arbeit für ein Handlingsunternehmen am Flughafen Köln/Bonn sammeln können. Zwar war die Arbeit spannend und verantwortungsvoll, die Rahmenbedingungen aber eher suboptimal. Um dies zu ändern, habe ich gemeinsam mit Kolleginnen und Kollegen einen Betriebsrat gegründet und war so schon bald im Gesamtbetriebsrat, dem Wirtschaftsausschuss und der bundesweiten Tarifkommission an zentralen Stellen im Sinne der Beschäftigten engagiert. Außerdem konnte ich im Netzwerk der Betriebsräte am Flughafen Köln/Bonn auch für konkrete Verbesserungen der Arbeitssituation an diesem Standort insgesamt beitragen.

Derzeit bin ich als Führungskraft in einer Unternehmensberatung für betriebliche Sicherheit tätig und dort für den Beratungsbereich und die Kundenbeziehungen verantwortlich. Hier erlebe ich gerade im

Bereich des Arbeitsschutzes eine große Bandbreite sehr unterschiedlicher Arbeitsbedingungen. Dabei die teilweise sehr gegensätzlichen Interessen von Geschäftsführungen und Mitbestimmungsorganen zu moderieren und zu einem für alle Seiten zufriedenstellenden Ergebnis zu bringen gehört zu meinem Alltag.

Bei dieser Arbeit ist das gegenseitige Vertrauen aller handelnden Parteien enorm wichtig. Das Vertrauen in die Politik ist auf Bundesebene leider zunehmend verloren gegangen. Trotz erfolgreicher sozialdemokratischer Sozialpolitik im Bund – ich nenne hier nur die Einführung des Mindestlohns, die Umsetzung der Rente mit 63 oder die Begrenzung von Leih- und Zeitarbeit– trotz der im europäischen Vergleich relativ niedrigen Arbeitslosigkeit und trotz der anhaltenden wirtschaftlichen Erfolgsmeldungen ist unsere Gesellschaft in weiten Teilen von Angst geprägt! Angst vor Terror und Kriminalität, Angst vor zu starker kultureller Veränderung aber vor allem: Angst vor dem sozialen Abstieg!

Aber wenn dem so ist, wenn also die realen Fakten und tatsächlichen politischen Erfolge nicht dazu führen, dass Menschen sich sicherer fühlen sondern dass das Unsicherheitsgefühl eher stärker wird, dann läuft etwas gewaltig schief in diesem Land - und dann dürfen wir auf gar keinen Fall einfach so weitermachen wie bisher, liebe Genossinnen und Genossen!

Vielmehr müssen wir spätestens jetzt raus zu den Menschen, vor Ort sein, langfristige Beziehungen aufbauen und auf der ganz persönlichen Ebene Politik „erlebbar“ machen. Dies geht nur im politischen „Nahkampf“, von Angesicht zu Angesicht und mit der ehrlichen Einladung zu echtem politischem Dialog auf Augenhöhe! Und dass dies funktioniert, haben wir doch jüngst bei der ansonsten so trostlosen Landtagswahl in Mecklenburg-Vorpommern erlebt: Mitten in den AfD-Hochburgen Vorpommerns hat sich der Genosse Patrick Dahlemann mit einem Direktmandat durchgesetzt. Dieser hervorstechende Erfolg gegen den Trend hat seine Gründe in ganz einfachen Zutaten: Langjährige und intensive Beziehungspflege mit den Menschen vor Ort, dazu ein konsequenter Bürgerdialog!

Dabei bedeutet Bürgerdialog keinesfalls, dass wir uns in einer Art „Gegenpopulismus“ alle „Bürgerwünsche“ zu Eigen machen – vielmehr müssen wir klare inhaltliche Positionen und vor allem eine Haltung zu den Dingen haben und diese den Menschen wieder und wieder vermitteln! Dies wird letztlich auch von Bürgerinnen und Bürgern mit anderer Meinung als ehrlich und authentisch wahrgenommen und entsprechend gewürdigt.

Diese Erfahrung habe ich bei meiner politischen Arbeit immer wieder machen können. Diese begann zunächst im Ortsverein und bei den Kölner Jusos, deren Vorsitzender ich wurde bevor ich später als Fraktionsvorsitzender in der Bezirksvertretung Porz wirken durfte. Seit vielen Jahren bin ich nun Ortsvereinsvorsitzender und Mitglied im Unterbezirksvorstand, außerdem seit 2014 im Rat der Stadt Köln.

Da nach meinem Verständnis der persönliche Kontakt in die verschiedensten gesellschaftlichen Bereiche die Basis für politische Arbeit darstellt, bin ich außerdem Mitglied in vielen Vereinen und Institutionen aus dem sozialen und kulturellen Bereich sowie der Brauchtumpflege.

Dies breite Vernetzung zahlt sich aus: Im Porzer Süden ist es mir bei der vergangenen Kommunalwahl gelungen, meinen langjährig schwarz-besetzten Wahlkreis wieder rot werden zu lassen; während meiner Zeit in der Bezirksvertretung Porz haben wir gemeinsam als Fraktion die Kümmererfunktion in den Mittelpunkt unserer Arbeit gestellt und z.B. als einzige dem Porzer Sport wieder ein Forum gegeben. In diesen Jahren ist hier viel Vertrauen und auch Zutrauen gewachsen – teilweise auf sehr persönlicher Ebene. Davon können wir bei den bevorstehenden Wahlen profitieren.

Und so stelle ich mir auch die Arbeit als Bundestagsabgeordneter vor: Vor Ort mit den Menschen im dauerhaften Gespräch sein, auch die kleinen Sorgen und Nöte wahrnehmen und sich gemeinsam mit den ehrenamtlichen Kommunalpolitikern um diese kümmern; Kurz: Ich will gemeinsam mit Euch das Vertrauen der Menschen in unsere Politik gewinnen, liebe Genossinnen und Genossen.

Inhaltlich bedeutet das: Ich möchte mich auch in Berlin weiterhin mit den Fragen des Zusammenlebens beschäftigen, zu denen auch das Thema Sicherheit gehört. Denn nur wenn der Staat als stark und wehrhaft wahrgenommen wird, kann er den eigenen Bürgern die Sicherheit vermitteln, zuverlässig für soziale wie auch physische Stabilität sorgen zu können. Das ist die Basis für Vertrauen!

Hinsichtlich des Vertrauens in die sozialen Sicherungssysteme müssen wir uns ehrlich machen – Gesundheits- bzw. Rentensystem können langfristig nur sozialgerecht überleben, wenn sich alle an deren Finanzierung beteiligen. Mit der Bürgerversicherung haben wir im Gesundheitsbereich da ja schon etwas Gutes im Angebot und hinsichtlich der Rentenversicherung müssen wir angesichts der jüngsten, geradezu erschreckenden, Zukunftszahlen schnellstmöglich nachlegen.

Bei der Inneren Sicherheit möchte ich mich dafür einsetzen, das Zusammenspiel der Sicherheitsbehörden von Bund, Ländern und Kommunen neu zu organisieren. Gerade wir in Köln haben doch erlebt, dass ein Nebeneinanderher der verschiedenen Sicherheitsstrukturen am Ende in einen Zustand allerhöchster Unsicherheit führen kann. Daraus müssen wir lernen und die gesetzlichen Grundlagen für die routinemäßige Kooperation der Sicherheitsorgane schaffen und diese vor allem mit ausreichendem Personal ausstatten.

Zum Zusammenleben gehört in einem faktischen Einwanderungsland aber auch ganz zentral die Frage der Integration unterschiedlichster Nationalitäten, Kulturen und Religionen – und wir tun gut daran, diese Frage gemeinsam mit der Gesellschaft breit zu diskutieren, klare Regeln aufzustellen und dann auch für deren konsequente Einhaltung zu sorgen. Eines der fehlenden Regelwerke ist dabei ein Einwanderungsgesetz!

Nur weil CDU und CSU sich weigern, im bunten Deutschland des 21. Jahrhunderts anzukommen, dürfen wir nicht länger auf diese wichtige Grundlage für unser Zusammenleben verzichten.

Einwanderung werden wir aber dauerhaft nur steuern können, wenn wir neben den bereits benannten Aspekten aktiver Außenpolitik vor allem im Rahmen der europäischen Wirtschafts- und Handelspolitik die Interessen der Schwellen- und Entwicklungsländer stärker in den Blick nehmen. So dürfen wir Europäer nicht länger die afrikanischen Märkte mit unseren hochsubventionierten Billiglebensmitteln

fluten und damit den örtlichen Strukturen die wirtschaftliche Grundlage entziehen! Ganz im Gegenteil: Wir müssen unseren Etat für Entwicklungszusammenarbeit dringend auf den bereits zugesagten Anteil steigern und dieses Geld kleinteilig wie zielgerichtet einsetzen, anstatt zweifelhafte Regierungen zu finanzieren.

Liebe Genossinnen und Genossen, mir ist klar: diese Veränderungen werden nicht allein durch meinen Einzug in den Deutschen Bundestag herbeigeführt. Aber ich will dort meinen Beitrag leisten, diese Themen voranzubringen und gleichzeitig die konkrete Situation in Köln und meinem Wahlkreises im Blick halten.

Lasst uns also die Bürgerinnen und Bürger in den politischen Prozessen mitnehmen und mit ihnen im ständigen Dialog bleiben – dann werden wir das Vertrauen der Menschen verdienen, dauerhaft behalten und den Rechtspopulisten von der AfD den Boden entziehen. Ich glaube fest daran, dass wir genau dies schaffen können. Deshalb stelle ich mich zu 100% in den Dienst dieser Sache – so wie es meine Freunde, Kollegen und Genossinnen und Genossen seit Jahren von mir gewohnt sind.

Ganz nach dem von mir gewählten Motto: Politikvertrauen zurückgewinnen. Vor Ort! Jetzt!

Deshalb bitte ich heute um Euer Votum!